

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 086-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.366

Eingereicht am: 30.03.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Guggisberg (Kirchlindach, SVP) (Sprecher/in)
Klopfenstein (Zweisimmen, FDP)
Freudiger (Langenthal, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 1034/2016 vom 14. September 2016
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Punktweise beschlossen**
Ziffer 1: Annahme und gleichzeitige Abschreibung
Ziffer 2: Annahme und gleichzeitige Abschreibung
Ziffer 3: Ablehnung



Zum Schutz von Leib und Leben von Einsatzkräften und zur Wiederherstellung der Rechtsordnung

1. Der Regierungsrat wird beauftragt, zum Schutz der Polizeikräfte bei Einsätzen um die Reitschule Bern ab sofort mit der notwendigen personellen Stärke zu operieren.
2. Im Weiteren wird er aufgefordert, beim Regierungsratthalter dafür zu sorgen, dass im Sicherheitskonzept der Reitschule verankert wird, dass ein von der IKUR unabhängiger Sicherheitsdienst für Ruhe und Ordnung im Inneren der Reitschule sorgt.
3. Der Regierungsrat wird beauftragt, die notwendigen Schritte an die Hand zu nehmen, um die Stadt Bern betreffend Sicherheit in der und um die Reithalle von der strategischen Verantwortung zu entlasten.

Begründung:

Vom 5. auf den 6. März 2016 ist die Polizei von gewaltbereiten Aktivisten vorsätzlich zwischen zwei improvisierten Strassensperren auf der Schützenmattstrasse in einen Hinterhalt gelockt

worden. Die Linksautonomen haben die Polizei und später auch die Feuerwehr vom Dach der Reitschule aus mit Steinen und Feuerwerkskörpern angegriffen, heisst es im Communiqué der Polizei. Dabei seien 11 Polizisten verletzt worden.

Die Ausschreitungen in letzter Zeit haben das tolerierbare Mass bei weitem überschritten. Schon letzten Februar, also vor einem Jahr, sind in terrorähnlicher Manier die Polizeiwache und sechs Polizeifahrzeuge angegriffen und verwüstet worden. Verfolgen die Polizisten die verummten Aggressoren, so können sie diese nur bis auf den Vorplatz verfolgen.

Die Möglichkeit, sich nach illegalen Aktionen in einen Sektor der Autonomie zurückziehen zu können, verstösst gegen unsere Rechtsordnung. Dieser Zustand ist in der Stadt Bern politisch breit abgestützt bzw. zumindest geduldet. Aus diesem Grund ist es höchste Zeit, dass der Regierungsrat aktiv wird.

Antwort des Regierungsrates

Zu Ziffer 1

Damit die Kernaufgabe der Kantonspolizei Bern, die Aufrechterhaltung der sicherheits-, verkehrs- und gerichtspolizeilichen Tätigkeiten im ganzen Kanton, erfüllt werden kann, wird die Sicherheitslage laufend analysiert und bewertet. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse werden Schwerpunkte gebildet und allenfalls weitere Massnahmen eingeleitet.

Der Bereich um die Reitschule gilt als Schwerpunkt, die Situation wird entsprechend laufend beurteilt und verstärkt kontrolliert. Eskalierende Ereignisse durch gewaltbereite Personen erfolgen in der Regel spontan und sind daher nicht vorhersehbar.

Die Kantonspolizei operiert beim Einsatz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im Rahmen der Verhältnismässigkeit. Ein permanenter Einsatz zugunsten der Reitschule würde diesem Grundsatz widersprechen und operative Einschränkungen mit sich bringen.

Zu Ziffer 2

Im Nachgang zu den vom Motionär erwähnten Ereignissen vom 5. Und 6. März 2016 rund um die Reitschule fand unter der Führung des Polizei- und Militärdirektors ein Gespräch zwischen der Kantonspolizei, dem Regierungsstatthalter und Vertretungen der Stadt Bern statt. Von Seiten der Stadt haben unter anderem der Stadtpräsident sowie der Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie teilgenommen. Dort wurde der Konsens für ein gemeinsames Vorgehen von Stadt und Kanton Bern bekräftigt.

Die Forderung nach einem unabhängigen, ausgebildeten und gekennzeichneten Sicherheitsdienst bei der Reitschule wurde von Seiten der Polizei- und Militärdirektion immer unterstützt und auch an besagter Besprechung nochmals eingebracht. Die unter Ausschluss der städtischen Sicherheitsdirektion und der Kantonspolizei ausgehandelte und für ein Jahr als relevant erklärte Zusatzvereinbarung zum Sicherheitskonzept der Reitschule erfüllt die Erwartungen in diesem Bereich nicht. Die Zusatzvereinbarung sieht immerhin vor, dass die Betreiber der Reitschule dem Regierungsstatthalter jährlich nachweisen müssen, dass die Mitarbeitenden des hausinternen Sicherheitsdienstes die notwendigen Aus- und Weiterbildungen absolviert haben.

Zu Ziffer 3

Die Reitschule ist eine kommunale Einrichtung, somit sind primär die Stadtbehörden gefordert. Der Leistungsvertrag mit der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (Ikur) wird von der Stadt genehmigt und wurde am 23. Mai 2016 letztmals für vier Jahre verlängert.

Der Grosse Rat hat sich anlässlich der Junisession 2016 im Rahmen der Beratungen zur Motion 049-2016 Fuchs¹ letztmals zur Zuständigkeit geäussert und eine Einmischung in städtische Kompetenzen abgelehnt. Der Regierungsrat lehnt eine Änderung der Zuständigkeiten ebenfalls ab.

Verteiler

- Grosser Rat

¹ [Berner Reitschule – Muss es wirklich erst Tote geben, bis die Politik reagiert? Nein: Darum muss jetzt die Berner Regierung Verantwortung zeigen!](#)